

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

## Kindertag in der Türkei: 2000 Kinder im Gefängnis

Den Nationalen Kindertag der Türkei am 23. April erlebten 2000 Kinder im Gefängnis, diese Zahlen hatte zuletzt das Justizministerium eingeräumt. Die meisten dieser Kinder wurden während Demonstrationen festgenommen und haben entsetzliche Haftbedingungen. Die Gewalt, der besonders kurdische Kinder ausgesetzt sind, zeigte sich besonders dramatisch durch den Pozanti-Gefängniskandal 2012. Presseberichte über Vergewaltigungs- und Mißbrauchsfälle an kurdischen Kindern und Jugendlichen im Pozanti-Gefängnis in der Nähe von Adana hatten eine Reihe erschüt-

ternder Vorfälle enthüllt. Eine der maßgeblich an der Enthüllung Beteiligten war die junge kurdische Journalistin Özlem Ağuş, die kurz darauf unter dem Vorwurf der KCK-Mitgliedschaft inhaftiert wurde.

Nach Angaben des Menschenrechtsvereins (IHD) waren 2013 von den 843 Gefangenen, die Folterungen angezeigt haben, 59 Kinder.

Unterdessen nahm die Polizei in Istanbul während der offiziellen Feiern zum Internationalen Kindertag am 23. April, bei denen auch Gouverneur Mutlu anwesend war, vier Kinder fest, weil sie "Berkin Elvan ist unsterblich"

gerufen hatten, als Mutlu die Bühne betrat. Der damals 14-jährige Berkin Elvan war im Rahmen der Gezi-Proteste im Sommer 2013 durch eine Tränengasgranate der Polizei schwer verletzt worden und starb im März 2014 nach neun Monaten im Koma in einem Istanbul Krankenhaus.

Die Kinder wurden sofort von Polizeikräften an Armen und Beinen festgehalten und in ein nahestehendes Gebäude abgeführt. Anwesende MedienvertreterInnen fotografierten den Zwischenfall, wurden aber durch die Polizei behindert.

(*DhG/ANF/Bianet, 23.4., ISKU*)

Erklärung von YEK-KOM anlässlich der Ostermärsche 2014

## Für eine Menschheit und Welt in Frieden und Menschlichkeit!

In Deutschland fand der erste Ostermarsch gegen Hochrüstung und Kriegspolitik vor über 50 Jahren statt. Seitdem nehmen auch viele der hier lebende Kurdinnen und Kurden alljährlich an den Ostermärschen teil und bringen so Ihre Forderungen nach Frieden in Kurdistan und auf der ganzen Welt zum Ausdruck.

Viele Menschen gehen jedes Jahr zu Ostern auf die Straßen und fordern eine Welt ohne Atomwaffen und Krieg. Die internationalen Mächte jedoch halten an ihrer Kriegspolitik unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus fest. Die Truppen der NATO und ihrer Verbündeten führen Krieg nicht nur in Afghanistan, sondern auch in Kurdistan, Kongo, Nigeria, Sudan, Tschad und Somalia, in Palästina und im Jemen, in Pakistan und Indien, in Tschetschenien, auf den Philippinen, in Westpapua oder in Kolumbien, um mit Gewalt die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Westens durchzusetzen.

Die Bundesrepublik hat sich 1949 eine Verfassung gegeben, die in besonderer Weise der Erhaltung und Förderung des Friedens verpflichtet ist. Die Realität sieht jedoch anders aus – Deutschland ist heute der drittgrößte Waffenlieferant der Welt, nach den USA und Russland. Laut Erhebungen des Friedensforschungsinstitutes SIPRI sind

die wichtigsten Kunden die Türkei, Griechenland und Südafrika. Massenhaft wurden in den 90er Jahren Waffen aus NVA-Beständen an die Türkei verschenkt. Die Bundesrepublik trägt damit die Mitverantwortung für die Zerstörung von über 4.000 kurdischen Dörfern durch die türkische Armee. Die Türkei erhielt im Zusammenhang mit dem Afghanistan-Krieg deutsche Rüstungs-sonderhilfen im Wert von mehr als einer Milliarde Euro.

Millionen von Kurdinnen und Kurden wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Immer noch werden Menschen wegen des Gebrauchs der kurdischen Sprache verhaftet und verurteilt. Zehntausend KurdInnen sitzen heute in türkischen Gefängnissen, weil sie sich für die Anerkennung der kurdischen Identität einsetzen.

Die kurdische Seite hat ihre Bereitschaft für eine politische Lösung der kurdischen Frage immer wieder signalisiert, u.a. durch zahlreiche Deklarationen und einseitige Waffenstillstände. Die Antwort der türkischen Seite war stets die gleiche: Die Armee führt umfangreiche Militäroffensiven, den Bau neuer Militärstationen in den kurdischen Regionen und Massenverhaftungen ziviler Politikerinnen und Politiker durch.

Wir verurteilen die Angriffe der Dschihadisten in Nord-Syrien (West-Kurdistan/Rojava) und

rufen die Weltöffentlichkeit auf, das Schweigen zu brechen!

Seit Beginn des Bürgerkriegs im Jahr 2011 setzt sich die kurdische Bevölkerung für den Aufbau einer Selbstverwaltung und demokratischen Gesellschaft ein. Das Projekt der Selbstverwaltung in Rojava, das von der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) ins Leben gerufen wurde, ist eine demokratische Revolution und stellt ein Vorbild für die gesamte Region dar. Dieser von vielen Menschen ersehnte Fortschritt ist aber von vielen Seiten bedroht. Die Türkei, Katar und Saudi Arabien unterstützen nachweislich dschihadistische Gruppen wie die Al-Nusra-Front und ISIS (Islamische Staaten Irak und Syrien) mit Waffen und Strategien zur Kriegsführung. Über die türkische Grenze werden Sie mit Waffen, Lebensmitteln, Kämpfern und Medizin versorgt. Die Türkei dient auch als Rückzugsgebiet müder und verletzter Kämpfer. Angriffe auf die kurdischen Autonomiegebiete in Rojava sowie Massaker gegen die Zivilbevölkerung gehören zu den vielen Folgen dieser Politik.

Schon seit über vier Wochen terrorisieren die Kämpfer der ISIS den westkurdischen Kanton Kobanê. Es geht der ISIS um Abtrennung der errichteten Kantone. Die Kämpfe mit den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) dauern bis heute an. Hun-

### Meldungen:

#### 1. Mai: Demonstrationsverbot auf dem Taksim-Platz

Istanbul. Auf dem Taksim-Platz in Istanbul soll es der türkischen Regierung zufolge in diesem Jahr keine 1.-Mai-Demonstration geben. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan betonte am Dienstag im Parlament in Ankara, der zentrale Platz werde an diesem Tag nicht dafür freigegeben. Wer trotzdem dort protestieren wolle, suche den Konflikt. Mehrere Gewerkschaften wollen dort ihre Demonstration abhalten. Auf sozialen Medien rufen Regierungsgegner dazu auf, sich am 1. Mai auf dem Platz zu versammeln. Dieser war im vergangenen Sommer Ausgangspunkt landesweiter Proteste. Am 1. Mai 1977 waren 34 Menschen bei Zusammenstößen auf dem Taksim-Platz ums Leben gekommen. Der Platz war daraufhin bis 2010 für 1.-Mai-Demonstrationen gesperrt. Im vergangenen Jahr wurde das Verbot wieder in Kraft gesetzt. Daraufhin kam es wieder zu Zusammenstößen auf dem Platz. (*jW, 23.4., ISKU*)

#### Iran: Kurdischer politischer Gefangener hingerichtet

Am 17. April wurde im Gefängnis von Kirmaşan (Kermanschah) der kurdische politische Gefangene Simko Xurşîdi hingerichtet. Er wurde 2010 wegen Unterstützung einer kurdischen Partei verhaftet und 2012 zum Tode verurteilt, die Entscheidung des Berufungsgerichts stand noch aus.

Im August 2012 wurde bekannt, dass mindestens 28 kurdische Gefangene aus den Gefängnissen Sanandaj, Urmia, Semnan, Rajaee Shahr und Saghez wegen politischer Anklagen zum Tode verurteilt wurden. Bei 17 von ihnen ist das Urteil bereits rechtskräftig, in 11 Fällen steht eine Revisionsentscheidung des Obersten Gerichtshofs noch aus. In vielen Fällen fand kein faires Verfahren statt, die Angeklagten hatten keine anwaltliche Vertretung und ihre Aussagen während der Verhandlungen wurden nicht dokumentiert. In einigen Fällen erklärten die Gefangenen, dass sie während der Verhöre gefoltert worden seien. Diesen Vorwürfen ist die Justiz nicht nachgegangen. Nach einem Bericht des UN-Sonderberichterstatters Ahmed Shaheed wurden in den ersten Monaten des Jahres 2014 mehr als 170 Personen hingerichtet. Seit 2007 wurden mindestens 14 kurdische politische Gefangene hingerichtet.

(*ANF/KT, 17.4., ISKU*)

# Kampagne für Begnadigung von Mülkiye Kılınç

In der Türkei nehmen die Diskussionen um den Fall der 32-jährigen Mülkiye Kılınç und ihrer fünf Monate alten Zwillinge zu, gegen die eine Haftstrafe von zwei Jahren und einem Monat verhängt wurde.

Die 32-jährige kurdische Buchhändlerin aus Istanbul wurde wegen Unterstützung einer verbotenen Organisation (gemeint ist die PKK) zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und einem Monat verurteilt. Als Grund gab das 16. Hohe Strafgericht in Istanbul den Verkauf von in der Türkei nicht verbotenen Büchern der Autoren Michel Foucault, Noam Chomsky, Nazım Hikmet und Elif Şafak, um nur einige zu nennen, an. Diese habe sie 2011 an eine ihr nicht bekannte Person verkauft, die zunächst wegen Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation festgenommen,

deren Verfahren jedoch später eingestellt wurde. Dies hätte konsequenterweise auch zu einer Einstellung des Verfahrens gegen Mülkiye Kılınç führen müssen, stattdessen wurde sie verurteilt, die Haftstrafe aber zunächst außer Vollzug gesetzt, da Frau Kılınç zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung im vierten Monat schwanger war.

In der Berufungsverhandlung am 20. März 2013 hatte der Oberste Gerichtshof das Urteil bestätigt, der Haftantritt wurde auf den 19. Mai 2014 festgesetzt. Dieses Urteil ist nicht nur juristisch äußerst fragwürdig, seine Konsequenzen für Mülkiye Kılınç und ihre Zwillingstöchter Özgür und Lorin sind auch unter humanitären Gesichtspunkten katastrophal, da Mülkiye Kılınç niemanden hat, der die Kinder versorgen könnte und sie gezwungen sein

wird, sie mit ins Gefängnis zu nehmen. Da alle rechtlichen Mittel ausgeschöpft sind und eine Umwandlung der Haftstrafe von den Richtern nicht in Betracht gezogen wurde, appellieren nun Zehntausende in einer Online-Petition an Staatspräsident Abdullah Gül, von seinem Recht auf Begnadigung Gebrauch zu machen.

Folgende Bücher hat Kılınç verkauft, die laut dem Gericht „dem Charakter der Organisation (gemeint ist die PKK) entsprechen“: Michel Foucault: Geschichte der Sexualität, Noam Chomsky: Interventionen, İvan Turgenew: Väter und Söhne, Nazım Hikmet: Menschenlandschaften, Elif Şafak: Iskender, Gedichtsbücher von Ahmet Telli und Şükri Erbaş  
Petition: <http://www.change.org/ozgurvelorin> (CNN, 17.4., ISKU)

## → Für eine Menschheit und Welt in...

derte von ZivilistInnen sind dabei ums Leben gekommen. (...)

Wir sind weiterhin der festen Überzeugung: Die kurdische Frage kann nur durch einen Dialog gelöst werden. Wir begrüßen die Gespräche zwischen der türkischen Regierung und Abdullah Öcalan, die einen solchen Friedensdialog und die Umsetzung eines Friedensplans zum Ziel haben. Nach jahrzehntelangem militärischem Konflikt besteht momentan die Möglichkeit, den Beginn eines politischen Konfliktlösungsprozesses herbeizuführen. Nach Gesprächen zwischen Vertretern der türkischen Regierung und Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel İmralı, wurden nun auch die im türkischen Parlament vertretene prokurdische Demokratische Friedenspartei BDP und die PKK in diesen möglichen Friedensprozess einbezogen.

Jetzt ist es wichtig, dass die Konfliktparteien erste Schritte gehen, um das gegenseitige Vertrauen zu fördern. Ein beidseitiger Waffenstillstand und die beidseitige Freilassung von Gefangenen wären sicherlich erste gute Schritte. Zu beiden Punkten hat die Freiheitsbewegung Kurdistans ihren Teil beigetragen und eine gute Basis für den Friedensprozess geschaffen. Ein von Abdullah Öcalan angeregter Rückzug der Guerilla aus der Türkei und deren spätere Eingliederung in die Gesellschaft kann, wie in ähnlichen Konfliktlösungsprozessen weltweit praktiziert, erst nach einem weitgehenden Aufeinanderzugehen – und nicht wie unrealistischer Weise von einigen Kräften gefordert zu Anfang des Dialogs – angestrebt werden. Es ist notwendig, das türkische Parlament in einen Friedensprozess einzubinden, um dort rechtliche Garantien sowohl

für einen ungehinderten Rückzug der Guerilla als auch für die verfassungsmäßige Anerkennung der Rechte der Kurdinnen und Kurden in der Türkei sicherzustellen. Ohne die Schaffung eines solchen demokratischen Rahmens und bei Fortsetzung der türkischen Militäroperationen einschließlich grenzüberschreitender Luftangriffe gegen die PKK ist ein erfolgreicher Fortgang des Friedensprozesses illusionär. Um der kurdischen Seite zu ermöglichen, auf demokratische Weise politisch für ihre Ziele einzutreten, ist die Freilassung der bis zu 10.000 unter Terrorismusvorwürfen inhaftierten zivilen politischen Gefangenen einschließlich mehrerer Parlamentsabgeordneter, dutzender BürgermeisterInnen, hunderter Stadträte, Parteivorstände, MenschenrechtsaktivistInnen, Frauenaktivistinnen, RechtsanwältInnen, JournalistInnen und GewerkschafterInnen eine Voraussetzung.

Nicht nur die türkische Regierung und das türkische Parlament sind gefordert, mit praktischen Schritten zu einem Friedensprozess beizutragen. Auch die Bundesregierung als eine der wichtigsten Partnerinnen der Türkei steht in der Verantwortung, einen solchen Friedensprozess zumindest soweit zu unterstützen, dass sie nicht noch mehr Öl ins Feuer schüttert. Konkret heißt dies, dass die Waffenlieferungen an die türkische Armee gestoppt und die Kriminalisierung kurdischer Aktivistinnen und AktivistInnen in Deutschland durch das PKK-Verbot beendet werden müssen.

Doch stattdessen gibt es fortgesetzte Verfahren, Verhaftungen, Vereins- und Hausdurchsuchungen in Deutschland.

Parallel zu dieser Repression geht die Polizei in verschiedenen europäischen Staaten koordiniert gegen kurdische Institutionen sowie kurdische PolitikerInnen vor. Die Probleme der Welt lassen sich nicht mit militärischer Gewalt lösen. Krieg als Mittel der Politik ist ein Verbrechen. Frieden ist eine notwendige Voraussetzung für eine bessere Welt. Zu dieser Einsicht ist die kurdische Freiheitsbewegung seit vielen Jahren gelangt. Wir fordern Frieden und eine demokratische Gesellschaft, in der unsere Rechte verfassungsrechtlich garantiert sind.

Deshalb fordern wir als YEK-KOM

- das Angebot der KurdInnen an die deutsche Politik zum Dialog über die Lösung der kurdischen Frage anzunehmen
- die willkürliche Kriminalisierung von Kurdinnen und Kurden, ihrer Aktivitäten und Einrichtungen zu beenden, wozu insbesondere die Aufhebung des PKK-Verbots gehört
- jegliche Waffenlieferungen an die Türkei zu unterlassen
- von der Bundesregierung, ihren Einfluss auf die Türkei geltend zu machen und tatsächliche demokratische Reformen – vor allem hinsichtlich der Anerkennung und gleichberechtigten Partizipation
- von der kurdischen Bevölkerung, alle gesellschaftlichen Prozesse einzuleiten und insbesondere in die Praxis umzusetzen
- Druck auszuüben auf die AKP-Regierung, jegliche Unterstützung für die Al-Qaida/Al-Nusra/ISIS-Banden einzustellen
- jegliche Militärlieferungen an die Türkei, Saudi-Arabien und alle die dschihadistischen Söldner finanzierenden und anderweitig unterstützenden Staaten einzustellen (YEK-KOM)

### BDP-Abgeordnete wechseln zur HDP

Nach einem Treffen zwischen Abgeordneten der BDP und VertreterInnen der HDP am 18. April erklärte der Co-Vorsitzende der HDP Ertuğrul Kürkçü der Presse gegenüber, dass beide Parteien darin überein gekommen seien, dass sich die Abgeordneten der BDP schnellstmöglichst der HDP anschließen sollten. Kürkçü führte aus, dass es schon lange eine Diskussion um die Bildung einer eigenen HDP-Fraktion im türkischen Parlament gäbe. Es ginge jedoch letztendlich nicht allein darum, eine eigene Parlamentsfraktion zu bilden, vielmehr sei die Reorganisation der HDP als Massenpartei das Ziel. Die Reorganisation wird seiner Einschätzung nach sicher etwas Zeit beanspruchen, sie solle jedoch bis zur anstehenden Präsidentschaftswahl im August 2014 abgeschlossen sein. In dieser Zeit soll sich auch die BDP in diesem Rahmen reorganisieren. Der BDP-Abgeordnete von Mûş Demir Çelik erklärte, dass er davon ausgehe, dass sich die Abgeordneten der BDP als Gruppe innerhalb einer Woche bis zu zehn Tagen der HDP anschließen werden. Ein entsprechender Antrag wäre dem Vorstand der HDP übergeben worden. Das bedeutet, dass noch bevor die jeweiligen Parteien einen Kongress abhalten, sich die Abgeordneten der BDP der HDP anschließen. Im Anschluss an den Parteiewechsel würde dann am 8. Juni die BDP und am 22. Juni die HDP zum Sonderparteitag zusammentreten.

Ein für Sonntag vorgesehenes Treffen einer Delegation mit Abgeordneten der BDP und HDP mit Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel İmralı wurde kurzfristig vom Justizministerium verschoben. Es wird damit gerechnet, dass es am 26. April stattfinden wird.

(ANF/Mi, 18.4., ISKU)

### Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DhG	Demokratie hinter Gittern
jW	junge Welt
CNN	CNN Türk
KT	Kurdish Tribune
Mi	Milliyet

### N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

**ISKU**  
Spaldingstr. 130-136  
20097 Hamburg  
Tel.: 040 - 421 02 845  
E-mail: [isku@nadir.org](mailto:isku@nadir.org)  
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:  
Postbank Köln, BLZ 37010050  
Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

[www.isku.org](http://www.isku.org)